

18.7. 1919

Gestaffelte Lebensmittelpreise?

Eine Anregung des Reichsernährungsamtes.

Die Abgabe einzelner Auslands-Lebensmittel stößt in manchen Gemeinden deshalb auf Schwierigkeiten, weil die Preise für die Kaufkraft der minderbemittelten Bevölkerungsschichten zu hoch sind. Es ist daher mehrfach, so vor kurzem in den Stadtverordnetenversammlungen von Berlin und Lichtenberg, angeregt worden, die Preise bei der Verteilung nach den Einkommensverhältnissen der Bevölkerung abzustufen. Von den Gegnern einer solchen Regelung wurde dabei besonders darauf hingewiesen, daß dadurch die Einkommensverhältnisse des einzelnen bekannt würden, was den Kredit erschüttern und manchem nicht lieb sein würde. In Sachsen soll sich jedoch die Staffelung bei der Verteilung des amerikanischen Mehles bereits bewährt haben.

Nun hat das Reichsernährungsamt für das ganze Reich eine Verfügung erlassen, wonach sämtlichen Gemeinden, in denen die Einkommensgliederung es gestattet, empfohlen wird, die Preise für ausländische Lebensmittel nach Einkommensklassen zu staffeln. In Berlin hat der Magistrat bisher den Gedanken abgelehnt. Man würde hier, schon um die Einteilung der Klassen durchzuführen zu können, einen umfangreichen Beamtencorps schaffen müssen, was wieder für die Herabsetzung der Preise ein Hindernis bilden würde. Dann ist in Berlin die Zahl der Bessergestellten, die man zum Ausgleich der Preise höher belasten könnte, im Verhältnis zur Bevölkerungszahl sehr gering. Man hat berechnet, daß ein Pfund amerikanisches Mehl, das heute 2,18 M. kostet, nur dann an die Minderbemittelten etwa für 1 M. abgegeben werden könnte, wenn die wohlhabenderen Kreise für das Pfund rund 20 M. bezahlen würden. Dabei wäre die Einkommensgrenze, bis zu der der billigere Preis Geltung haben würde, etwa mit 6000 M. anzunehmen, wobei aber zu erwägen wäre, daß vielleicht ein Familienvater mit vielen Kindern, der 8000 M. Einkommen hat, noch unter die Minderbemittelten gerechnet werden müßte.

Die Preisstaffelung nach dem Einkommen wird sich also nur dort mit Erfolg einführen lassen, wo die wohlhabende Bevölkerung im Verhältnis zur Gesamteinwohnerschaft sehr zahlreich ist. In Berlin stehen selbst die führenden Persönlichkeiten der Unabhängigen der Möglichkeit ihrer Durchführung mit starken Zweifeln gegenüber.